

VA1NEU Klima schützen ist kein Verbrechen!

Antragsteller*in: DV RoSt, DV Berlin

Tagesordnungspunkt: TOP06 Anträge

Antragstext

1 Die Bundesregierung ignoriert seit Jahren das geltende Klimaschutzgesetz und die
2 sich immer weiter verschärfende, menschengemachte Klimakatastrophe. Das entzieht
3 uns und künftigen Generationen die Lebensgrundlage. Statt das letzte verbliebene
4 Handlungsfenster zu nutzen, erwägt die Bundesregierung hingegen das
5 Klimaschutzgesetz aufzuweichen. Damit handelt sie und trifft Beschlüsse gegen
6 die Werte des Grundgesetzes, gegen die Urteile von Gerichten, sowie die
7 Botschaft des Evangeliums. Die Bundesregierung hört mehr auf einzelne
8 Lobbyist*innen fossiler, kapitalistischer 'Unternehmen als auf die Forderungen
9 einer breiten Öffentlichkeit. Sie schwächt durch ihre Verweigerungshaltung das
10 Vertrauen der jungen Generation in unser demokratisches System.

11 Seit Jahren kämpfen wir¹ und eine breite Masse weltweit für das Einhalten des
12 Pariser Klimaabkommens, das Eindämmen der Treibhausgas-Emissionen und die
13 Bewahrung der Schöpfung. Deshalb rufen wir weiterhin dazu auf, sich
14 klimapolitisch zu engagieren und sich öffentlichkeitswirksam für eine
15 klimagerechte Politik einzusetzen. Dies beginnt bereits bei kritischen und
16 konstruktiven Gesprächen im persönlichen Umfeld, in unseren Strukturen auch bei
17 der Arbeit der Gruppen vor Ort und geht über Bildungsarbeit, hin zu
18 klimapolitischem Aktivismus und Interessenvertretung in der Politik. Es bedarf
19 einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung, die die Klimakatastrophe anerkennt und
20 politisches Handeln erzwingt.

21 Vor allem der laute, bunte und gewaltfreie Protest in Orten, wie Lützerath, dem
22 Dannenröder und Hambacher Forst, die vielen Tagebauten etwa in NRW und der
23 Lausitz, müssen für uns Vorbild sein. Diese Orte einen die vielfältige Form des
24 Widerstandes in Verbindung mit dem Rückhalt der lokalen Bevölkerung.

25 Die fossilen Lobbyist*innen, Politiker*innen und Medienschaaffenden diffamieren
26 jedoch kontinuierlich Aktivist*innen und verbreiten Falschinformationen;
27 insbesondere durch Verwendung bewusst aufgeladener oder gewaltvoller Begriffe.
28 Diese sprachliche Gewalt überträgt sich mittlerweile auf die besetzten Straßen
29 und mündet auch in gewalttätigen Übergriffen gegen friedliche Demonstrant*innen.

Wir solidarisieren uns mit allen, die ihre eigene körperliche Unversehrtheit und ihre eigene Freiheit für die im Pariser Klimaabkommen gesetzten Klimaziele aufs Spiel setzen. Wir erkennen an, dass ziviler Ungehorsam² angesichts einer weiter eskalierenden Klimakrise legitim ist. Genauso legitim ist es staatliches Handeln als unzureichend zu bewerten und öffentlich zu benennen. Wir verurteilen die ungerechtfertigt übertriebene Reaktion auf legitime Kritik. Staatliche Institutionen müssen den zugrunde liegenden Generationenkonflikt aufdecken und bearbeiten statt ihn durch völlig unangebrachtes Vorgehen zu befeuern. Wir verurteilen das unverhältnismäßige Vorgehen staatlicher Institutionen und Politiker*innen gegen Klimaaktivist*innen und fordern eine Aufarbeitung der bereits erfolgten unverhältnismäßigen Vorgänge.

¹KjG Buko 2020, Beschluss, "Klimaschutz jetzt!"

²Unter zivilen Ungehorsam verstehen wir: "Der "zivile Ungehorsam" meint die gezielte, provokative, dabei zugleich begrenzte und auch gewaltfreie, insoweit: symbolische Regelverletzung unter den Augen der Öffentlichkeit. Er dient nicht der unmittelbaren Durchsetzung egoistischer Eigeninteressen, sondern der Verdeutlichung moralisch-politisch begründeter Anliegen, die in der bestehenden Verfassungsordnung anerkannt sind, jedoch aktuell - nach Auffassung der Akteur*innen des zivilen Ungehorsams - keine ausreichende Berücksichtigung in den institutionalisierten Formen der politischen Willensbildung finden." in Evangelisches Staatslexikon, Heun/Honecker/Morlock/Wieland, Widerstandsrecht, V. Ziviler Ungehorsam, 2006 Stuttgart.

Begründung

Lützerath lebt. Es wurde im Frühjahr dieses Jahres endgültig geräumt, aber in unseren Herzen und Köpfen lebt es weiter. Auch wir als KjG konnten nicht länger dabei zusehen, wie entgegen unseren nationalen Verpflichtungen zum 1,5° Ziel, weitere Flächen für den Braunkohle-Abbau erschlossen werden sollten. Darum haben auch wir den Aufruf gestartet, sich den Protesten vor Ort anzuschließen, dem viele unserer Mitglieder gefolgt sind. Allerdings müssen wir eingestehen, dass ein erstmaliges Befassen mit Widerstand vor Ort zu spät kommt, wenn keine zwei Wochen später die endgültige Räumung zu Ende ist.

Vor der Insel Rügen soll ein neues LNG-Megaprojekt gestartet werden, das Deutschland und Europa erneut für Jahre in Abhängigkeit von fossiler Infrastruktur bringen würde. Hier bildet sich bereits vielfältiger Widerstand gegen den Ausbau. Aktuell hat sich RWE als größter Investor zurückgezogen. Die Bundesregierung forciert dennoch weiterhin den Ausbau der LNG-Terminals vor der Insel, ohne die Stimmen der Bevölkerung vor Ort wahrzunehmen.

Aufgrund unserer zahlreichen Beschlusslagen zur Klimakatastrophe und unserer eindeutigen Haltung

gegenüber den Versäumnissen aller Industrienationen, wollen wir in Zukunft aktiver und lauter protestieren. Wir sind besonders gut darin, Anträge zu schreiben, zu diskutieren und zu beschließen. Jetzt geht's auf die Straße!